

Volkswacht

Anzeigenpreise: Die neuangelegte Sonntagsbeilage 15 S. ...

Die Volkskraft erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreise: In Danzig durch unsere Zweigstellen ...

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: In Danzig Paradiesgasse 32. In Thorn Baberstr. 28. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telephone für Danzig: Redaktion 3795. Expedition 3290. Für Thorn: 851.

Nr. 96 Sonntag, den 27. April 1919 10. Jahrgang

Französische Arbeiter gegen den Gewaltfrieden.

Ein mutiger Aufruf.

Die Confédération Générale du Travail erklärt folgenden Antrag:

An die öffentliche Meinung! An die Arbeiter!

Vom August 1914 an bis zum November 1918 hat man uns gefolgt und wiederholt, wir führten einen Krieg des Rechts. Diese Beschränkung schloß in sich, daß der Friede der Völker das Recht der Selbstbestimmung zu bringen und daß er auf der allgemeinen Abrüstung zu beruhen würde, der einzigen Maßnahme, welche die Liquidation der Kriegsschulden möglich machen könnte.

Jetzt bricht man mit diesem feierlich abgegebenen Versprechen. Unsere Diplomaten legen uns das Projekt einer „Liga der Nationen“ vor, die nicht die „Gesellschaft der Nationen“ ist, wie sie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson vorgeschrieben hatten. Diese 14 Punkte haben die Völker der ganzen Welt in ihrem Durst nach Gerechtigkeit mit Beifall begrüßt. Wir haben sie zu den unzerbrechlichen gemacht!

Die französische Arbeiterklasse, getreu ihrer Forderung: „Krieg dem Kriege!“, erhebt sich gegen diese Sabotage des Friedens. Die Völker können nicht am Ende des Krieges leidend passiv verharren. Ein anderes Ziel zu haben, als die Bezahlung von Steuern, die dazu bestimmt sind, die Militärbudgets ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch die C. G. T. verdammt die Außenpolitik der Blockade, der politischen Zwangsmassnahme und bewaffneten Intervention. Sie will die Erneuerung nach an die Formel der französischen Revolution: Jede Nation hat allein das Recht, sich Weisheit zu geben, das unverletzliche Recht, die zu ändern, einem fremden Volke mit Gewalt dieses Recht rauben zu wollen heißt zum Feinde des Menschengeschlechts werden.

Die C. G. T. widerspricht sich ausdrücklich einer Expedition nach Rußland, einem verbündeten Land, dem niemals eine amtliche Kriegserklärung ausgestellt worden ist. Die Fortsetzung dieser Interventionenpolitik macht aus Frankreich die Schutzmacht der Imperialisten und reaktionären Einrichtungen in allen Ländern. In dieser demütigen, ja entehrenden Rolle kann sich die Arbeiterklasse, kann sich das französische Volk nicht ergeben.

Die Freiheit der Meinung und des Denkens, die zur Grundlage der Erklärung der Menschenrechte geworden ist, läßt die C. G. T. an die öffentliche Meinung, an das Gewissen der Gewerkschaftsverbände appellieren, um gegen diesen Stand der Dinge tatkräftig aufzutreten.

Die C. G. T. verdammt jede Fortsetzung des Krieges und fordert entschieden den Abschluß des wahren Friedens, dem alle Völker zustimmen können.

Erbaben in Paris.

Am 26. April sollte nach der ursprünglichen Einladung die deutsche Friedensdelegation in Versailles eintreffen. Aber am 23. April hatte sich die diplomatische Situation dort so zugespitzt, daß man für den nächsten Tag mit der Abreise der Italiener rechnete. Beinahe hätte sich also den anstehenden Deutschen Gelegenheiten geboten, den gerade abreisenden Italienern Abschiedsgrüße zu wünschen.

In dem Augenblick, in dem das von der Entente geschaffene Friedensinstrument in Scherben brach, wußte die Zunft der Deutschen, daß dieses abgemachte Friedensinstrument wie ein ganzes zerbrechen und als solches annehmen, doppelt unehrenhaft. Erweist sich doch die ganze Methode, nach der sechs Monate lang gearbeitet worden ist, als völlig verfehlt. Wenn man einen wahren Friedensfrieden, einen Frieden der internationalen Gerechtigkeit schaffen wollte, warum hat man den unterlegenen Völkern die Mitarbeit an diesem Werte verweigert? Das geschah unter der heuchlerischen Maske, daß nur auf der einen Seite die Gerechtigkeit, auf der andern Seite aber die Ungerechten und Bösen zu finden wären, in Wirklichkeit aus Angst, daß die mühsam ausschließlich auf dem Verhandlungswege in die Erde gehen könnte. Nun haben die Gerechten ein drittes Jahr in geheimen miteinander getauert und einen Saufen von Kompromissen zustandegebracht. Die anschließende auf beiden Seiten abweisende Verhandlungsbereitschaft geschloffen wurden, und doch ist nichts ganzes zustande gekommen, sondern nur Stücker.

Die Italiener fordern Rühme und die diplomatische Ehre. Die ihnen der Lieben Gerechtigkeit zugehörig wahrscheinlich zugehörig werden, wenn sie den Südländern gewährt werden. Sie sind aber von Südländern bewußt, die nicht als Feinde der Entente gelten und das neu zu gründende großbritannische Reich erstet Anspruch auf sie. Die Erbaben waren in der Lage, ihre Ansprüche in Paris zu vertreten. Die Deutschen waren imstande zur Stimmigkeit zu erweisen, und waren hat man über den Reichstag und dieses Abkommen, Danzig und Reichs-Ratgeber in Paris in aller Ruhe nachkommen lassen.

sein dürfen, es war ja niemand da, der das Recht gehabt hätte, seine Rechte geltend zu machen. Will man von Deutschland jetzt verlangen, daß es schweigend und achselzuckend alles gefallen läßt, was sich die Südländer nicht gefallen lassen müssen, glaubt man irgendeinem Menschen einreden zu können, man könnte auf diese Weise einen Frieden der Gerechtigkeit zustandebringen?

Das Vorgehen Italiens von der Entente und von dem zu gründenden Völkerverbande würde eine ganz neue diplomatische Situation schaffen. Aus ihr diese überhöhenmäßig Hoffnungen für Deutschland heranzuleiten, wäre verfehlt, auch nach dem Austritt Italiens bliebe die Macht der Entente wenigstens vorläufig immer noch groß genug, um Deutschland den eigenen Willen aufzuzwingen. Ebenso verfehlt wäre es, wenn Deutschland den Versuch machen würde, mit Italien ein gemeinsames Spiel zu spielen. Wir sind keine Feinde Italiens und würden mit ihm sobald wie möglich in ein gutes Verhältnis zu kommen, das beiden Seiten sehr nützlich werden kann. Aber wir können nicht rechte Grundzüge ausgeben, um den Vorteil einer augenblicklichen taktischen Situation auszunutzen, und wir können wirklich nicht behaupten, daß das slavische Stümme und die ganze slavische Diktatur der Abrüstung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker Italiens zufallen müssen. Als grundsätzliche Gegner jedes Imperialismus können wir nicht aus opportunistischen Gründen den Imperialismus Italiens gutheißen.

Mit also aus dem Konflikt von Paris ein augenblicklicher Vorteil für uns kaum zu erwarten, so läßt er uns doch zurechtwärtiger in die Zukunft blicken. Die Welt ist seit dem 24. April um eine Lüge ärmer, um die Lüge von der Einigkeit, der Selbstlosigkeit, der Gerechtigkeit der Ententemächte. Der heilige Schrei der Randväter, der aus italienischer Kehle erklingt, enthält die wahren Kräfte aller. Die kommende Welt der Demokratie, des Sozialismus und der Arbeit will eher ein Werk der Gerechtigkeit und des dauernden Friedens, mit dem, wie sich leicht auch dem Blindesten deutlich zeigt, das Werk von Paris gar nichts zu tun hat.

Stimme und Danzig.

Die „Times“ melden aus New York, daß das amerikanische Publikum Wilson bei seiner Weigerung, die italienischen Ansprüche auf Stime zu unterstützen, beifolgt. Man ist der Ansicht, daß die Erfüllung der Forderungen den Grund zu einem neuen Artee legen würde und glaubt, daß die hehre Stimme die sein würde. Stime ebenso wie Danzig zu internationalisieren.

Amerikas Drohung.

Berlin, 26. April. Der „Volks-Anzeiger“ verbreitet eine Meldung aus „Progress de Lyon“, wonach Wilsons Sekretär erklärt habe, eine Unterbrechung der Südländer durch die bewaffnete Macht der Vereinigten Staaten sei keineswegs beabsichtigt, doch solle man in Rom an die bedenklichen wirtschaftlichen Folgen eines Konfliktes mit Amerika denken.

Keine Verhandlung.

Wien, 25. April. Das „Echo de Paris“ glaubt nicht, daß das amtliche Vorkommnis und der italienischen Delegation erhaltene Herwürfnis die Mittel zum Verhandeln wird, den Tag der Eröffnung der Verhandlungen von Versailles hinauszuschieben.

Nach Japan?

Berlin, 26. April. Nach der Deutschen Tageszeitung „Progress de Lyon“ aus Paris: Die Japaner machen ernsthafte Anstalten für den Abschluß der Verhandlungen und zur Abreise aus Paris. Der Demonstrationsschrei ihrer Motte in Genoa sei ein deutlicher Hinweis auf die Adresse Amerikas.

Eine Rede Sehrendbachs.

Gegenständig einer Lesung des katholischen Arbeitervereins in Preiburg i. V. sprach der Präsident der Deutschen Nationalversammlung, Sehrendbach, über die politische Lage, wobei er als Führer bezeichnete, daß Wilson geneigt sei, auf den 14. Punkten zu bestehen. Es sei sehr leicht möglich, daß das Plenum der Nationalversammlung einbezogen werde, um an den Friedensverhandlungen mitzuwirken. Bis zum 3. Mai dürften die Verhandlungen weitgehend abgehandelt sein, um die Beschlüsse des Friedenssaalbeschlusses im Plenum zu erörtern und schließlich zum Abschluß zu bringen. Wir sind uns nicht darüber im Zweifel, lange er u. a., was es namentlich für die Südländer des Reiches bedeuten würde, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt wird. Nebenbei nehme ich an, daß wir einen Frieden nicht unterzeichnen, der die Gefangenen noch weiterhin in Gefangenschaft behält und der nicht die Aufhebung der Blockade bringt. Wir werden auch einen Frieden nicht unterzeichnen, der das Saargebiet den Feinden ausliefert und Danzig den Polen zurückgibt. Unmöglich ist die Verrentung der Arbeiter.

leitung und Parlament tragen sie gemeinsam und hinter ihnen steht das gesamte deutsche Volk. Das sollen unsere Feinde wissen und das soll in ihre Köpfe dringen, daß wir nicht jeden Frieden, der diktiert wird, annehmen und daß wir kein Sklavenvolk sein wollen.“

Fisch will nicht mehr.

Berlin, 25. April. Nach einer Meldung des „Nacht- und Abendblattes“ aus Amsterdam gilt es in französischen politischen Kreisen für durchaus sicher, daß Marschall Fisch seinen Rücktritt nehmen wird, falls der Friedensvertrag keine genügenden militärischen Sicherheiten gegen eine Bedrohung Frankreichs durch Deutschland enthält. Der Korrespondent meldet weiter, daß Fisch in der vorigen Woche bereits zweimal der französischen Regierung sein Abschiedsgesuch eingereicht habe.

Der Streik an der Ruhr.

Nach Meldungen des Bergbauvereins in Essen waren in der Freitag-Frischlicht 44.688 gegen 50.201 Mann vorzeitig früh ausständig, 20,58 Prozent der Belegschaft gegen 27,94 gestern. In den drei vorgetragenen Schichten leisteten 128.776 Mann gegen 147.653 Mitwacht. Auf 148 Schachtanlagen wird gestern wieder gearbeitet.

Düsseldorf, 25. April. (W. Z. B.) Eine amtliche Mitteilung der 2. Landesjägerbrigade in Düsseldorf besagt: Am Donnerstag ging bei den militärischen Behörden von mehreren Seiten die Nachricht ein, daß von den Kommunisten in der Nacht zum 25. April Angriffe auf die Regierungstruppen, und besonders auf die öffentlichen Verkehrsanlagen, die Bahnhöfe, Telegraphen- und Fernsprechanlagen, geplant wären. Daraufhin ist die vorübergehende Schließung der Bahnhöfe angeordnet worden. Diese und die übrigen öffentlichen Verkehrsanlagen blieben vorläufig militärisch besetzt.

In Düsseldorf sind die städtischen Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Stadt die Forderungen als unannehmbar bezeichnet, werden Streiks in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken befürchtet.

Aus Bayern.

Ueber die Lage in München meldet der „Berl. Volks-Anzeiger“, daß Annehmungen zur für Verbesserungen der Sozialisten gebildet werden. Die Verhandlungen, die als Vorwand zu Minderungen und Erpressungen dienen, dauern an. Offiziere, die sich von den Sozialisten anwerben lassen, bekommen 15.000 M. Gehalt und ein Monatslohn von 3000 M. Unteroffiziere ein Monatslohn von 3000 M. und 1000 M. Monatslohn. Es wird befürchtet, daß am 1. Mai in Nürnberg der Anschluss an die Kaiserrepublik München proklamiert werden wird.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ richtet sich das Münchener Generalratgebäude auf eine baronische Verteidigung ein. In Gerolshausen, einem hochgelegenen Vorort Münchens, wurde eine

Die Demokratisierung der Verwaltung.

Wer fragt, warum das alte System noch immer nicht reiflos beibehalten ist, der muß sich wohl keine Vorstellung, mit welcher Raffinesse der Herrscher dieses System im Staate verankert hat. Es reicht einer wunderbaren Schmeichelei, die einen Mann von der Macht bis zur Krone mit Millionen Souveränen überdeckt, und jeden einzelnen Verwaltungsbeamten noch weiterleben, wenn auch die Verwaltung längst durchgefallen ist. Welche man aber das ganze Schlingensiefel mit einem einzigen Hand herunterreißen, so würde dabei auch der besallene Raums tiefe Wunden und Risse erhalten, die sein Wachstum gefährden könnten. Es bleibt also nichts weiter übrig, als radikale Reformen auf dem Wege abzuschließen.

Die Dauerhaftigkeit der Reaktion — Monarchie, Klassenparlament, Herrenhäuser usw. — hat die Revolution verurteilt. Aber das ausgedehnte Handwerk des Verwaltungsorganismus, mit dem die das Land überzogen hat, kann nur allmählich abgetrennt werden. Welche man es auf einen Schlag abreißen, so würde die gesamte Verwaltung zerfallen. Daher verfolgt die preussische Regierung die Politik, nach und nach die reaktionären leitenden Beamten durch fortschrittlich gerichtete Männer zu ersetzen. Wir haben jetzt schon eine ganze Anzahl sozialdemokratischer und demokratischer Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten usw. Wie unangenehm diese Entwicklung der Reaktion wird, zeigt folgender Schmerzschrei der „Arbeiterzeitung“:

Verhältnisse in das preussische Beamten-tum. In banger Sorge fordern die Beamten, daß ihnen die alte Unabwängigkeit der Lebensweise und der gereinigten Gliederstellung erhalten werden.

Reihe leichter Geschosse eingebaut. Aus den nordbayerischen Garnisonen sind Truppen eingetroffen. Sächsische Truppen liegen nicht in der Stadt.

Graf Arco getötet.

Berlin, 26. April. Der „Volks-Anzeiger“ verbreitet eine Meldung des „Frankfurter Kuriers“, wonach Graf Arco, der Mörder Eisners, von Soldaten der Roten Garde getötet worden sei. Der ebenfalls schwer bedrohte Minister Auer, der bereits wieder geblieben, habe sich in Sicherheit gebracht.

Bremen.

Nach den von Bremen aus an Berliner amtlichen Stellen eingehenden Berichten hat sich die Lage immer mehr verschärft. Die Gasarbeiter streiken wieder allgemein, und zwar auch die letzten, die bisher noch arbeitsfähig waren. Die Wasserleitung ist abgeperrt und auch die Lebensmittelversorgung ist zur Zeit noch unterbrochen. Der Streik in rein politischer Natur und bezweckt Sturz der jetzigen Bremer Regierung. Entwaffnungsmaßnahmen sind abgelehnt, um die Beschlüsse Aufhebung des Belagerungszustandes usw. Es werden Maßnahmen vorbereitet, um mit aller Energie einzuschreiten.

Politisches.

Süderpommerisches. Der Kreisanzeiger von Gartz in Pommern teilt mit, daß in der Gemeinde Rumorow eine Protestkundgebung gegen die Abtrennung des linken Rheinuferes und gegen die „liberale Regierung“ die Unterzeichnung aller Ermahnungen geschehen habe. Anschließend daran wird gemeldet, daß auf die Bitte um Aufnahme von Geflüchteten auf 2 bis 3 Monate sich niemand im Orte dazu bereitgefunden habe ...

Die Finanzverhandlungen.

Der „Dt. Allgemeine“ wird aus dem Haag gemeldet, daß die Finanzverhandlungen Deutschlands mit den Neutralen bisher zu keinerlei Ergebnissen geführt hätten. Die niederländischen Finanzleute läßen in einer sogenannten Kreditleihe von etwa einer Milliarde Mark, die Mark zu 60 Cent berechnet, den einzigen Weg, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die die Folgen des Kapital- und Kreditmangels in Deutschland seien.

Der Eisenbahnerstreik soll am 1. Mai in beschränktem Umfang aufrechterhalten werden.

Ständrechtlich erschossen wurden in Hamburg sechs Minderere, die mit der Waffe in der Hand gegen Sicherheitskräfte kämpften.

General v. Seltz in Bartenstein ist an Stelle des Generals Wriessner zum Kommandanten der 1. Division ernannt worden.

Die Erhöhung des Preisfotos und der Telefongebühren wird erwogen.

Der Gesamtbeitrag der Deutschen Americas an Frankreich stellt sich auf 252 Millionen Dollars.

Wahlrecht werde. Inzwischen erickt die Regierung mit ihrer bisheriger Gleichgültigkeit an allen leitenden Stellen den alten, schuldigen und für sein Zwischschalten vorgeschrieben, pflichtlos und über den Parteien stehenden 111 Beamten durch den sozialdemokratischen oder sozialdemokratischen Parteipolitiker. Der Ministerpräsident, der im Preussischen Landtag die Verantwortung gegeben, in schuldlos die Verantwortung des Abschlusses vom 20. August der Sozialisten zu geben. Der Oberpräsident v. Posbell, der das in freilich Worten acten hat, machte von seiner Stelle weichen.

Der „über den Parteien stehende Beamte“ des alten Systems ist die reine Erfindung, in Wirklichkeit betrachteten sich die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte usw. alten Zeiten als die gegebenen Wortführer und Träger der konservativen und reaktionären Gedanken. Sie trieben von ihren Stellen aus die unvollständige und brutale Parteipolitik, und wenn sie sich nach dieser alten Unabwängigkeit zurückziehen, so müssen ihre „bunten Sorgen“ sehr gerechtfertigt sein. Das die Regierung gegenüber dem frechen monarchischen Treiben des Posbell ein Beispiel machen zu war ein äußeres Gebot der Selbsthaltung, wenn sie nicht die bestehende Republik der Unabwängigkeit preisgeben wollte. Leider erlosch in dieser Richtung noch viel zu wenig solcher Beispiele.

Das Gematter der „Arbeiterzeitung“ zeigt der Regierung jedenfalls, daß sie auf dem richtigen Wege zur Befreiung der Reaktion ist. In aller Energie muß sie auf dem Fortschreiten

an Kunden auf 25 Millionen Dollars und die...

Politische Verhältnisse in Belg. Nach einem...

Parteinachrichten.

Die Rätefrage auf dem Parteitag. Der Parteivorstand hat...

Aus den Ostprovinzen.

Zur Matfeier

hat das Gen. Kommando verfügt: Inwieweit, gemessen...

Schleien. Eine ganz bewusste öffentliche Versammlung...

Das liebe Publikum.

Friedrich von Schiller's Ränker haben über die...

Elbing. In der Provinzialversammlung der...

den würde. Dann wäre eine Mitarbeit für uns...

Thora. Ueber die politische Lage sprach am 21. April in Podgora der Abg. Gen....

Locales.

Amerikanisches Schmalz.

Die der Monatzeit in der heutigen Nummer...

Wieder würde der Preis für das Schmalz auf...

General Saller

nach am Oberkommando in Krasnodar während der...

Das Dankschreiben ist ein für uns...

Baukostenzettel.

In der Wohnung des Rates von Klein und...

Wohnbauarbeiten abzuführen. Sind weitere...

Mutterhäuser.

Die Stadterwerbungsversammlung wird in der...

Die Stadterwerbungsversammlung wird in der...

Beauftragung der Kriegsbekämpften.

Gestern abend fand im Bezirksamt eine Versammlung...

Die Streifenkommission der Arbeiter, die heute...

Die Arbeiterkommission des Gewerbetreibenden...

Die Arbeiterkommission des Gewerbetreibenden...

Die Arbeiterkommission des Gewerbetreibenden...

Wahl. Der im alten Part gelehrte 1000 Personen...

Die Theaterbesetzung machte aus Rosmal ein...

Table with 4 columns: Location, Old Price, New Price, Difference. Includes entries for Thora, Nord, etc.

Standesamt vom 25. April.

Heirat: E. des Felleis Wily Bismuth...

Verantwörtlich für Redaktionen: Carl Böttcher...

Anstreckung

durch die Mundhöhle (Infamie, Grippe usw.)...

Nachruf.

Gestern abend starb nach längerem...

Wohnungs- u. Schlafstellennachweis.

Der städtische Wohnungs- und Schlafstellennachweis...

Bekanntmachung über den Personenverkehr am nächsten Sonntag.

Am Sonntag, den 27. d. Mts., verkehren im...

Germinal.

Das ist die Geschichte von Gertrude...

